278938

Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

ANTWORT AUF DIE MOTION

Urheber	Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen und Martin Kalbermatter, neo - Die sozialliberale Mitte und Urs Juon, Die Mitte Oberwallis
Gegenstand	Abbau der Regulierungsdichte im Kanton Wallis
Datum	14/02/2025
Nummer	2025.02.081

Die Motionärin und die Motionäre weisen darauf hin, dass sich die staatliche Regulierungsdichte in den letzten Jahrzehnten massiv verstärkt hat, wovon die Wirtschaft und die im Wallis wichtigen kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) besonders stark betroffen sind. Vor diesem Hintergrund sind sie der Ansicht, dass die Bestrebungen zum Abbau von Regulierungen fortgesetzt und Regulierungsbremsen zugunsten der KMU eingeführt werden müssen, da die im Gesetz über die digitalen Dienste vorgesehenen Massnahmen nicht ausreichen. Im Wesentlichen fordern die Motionärin und die Motionäre den Staatsrat also auf, Regulierungsdichte und bürokratietreibende Grundsätze in Spezialgesetzen etappenweise und in einem für die staatlichen Institutionen zu bewältigendem Masse abzubauen.

Der Staatsrat hat Verständnis für die Anliegen der Motionärin und der Motionäre, die wie folgt auf den Punkt gebracht werden können: Wirksame und unbürokratische Regulierungen sind Voraussetzung für günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Im Einklang mit den Forderungen der Motion schlägt der Staatsrat vor, dass die Departemente bzw. die jeweiligen Dienststellen inskünftig im Rahmen der Ausarbeitung oder Revision von Gesetzen analysieren, welche Bestimmungen besonders aufwendige Pflichten für die KMU nach sich ziehen, bzw. welche umsetzbaren und angemessenen Massnahmen denkbar sind, um Regulierungsdichte und Bürokratie abzubauen und letztendlich die Regulierungslast für die betroffenen Unternehmen zu reduzieren. Die betroffenen Unternehmen könnten im Rahmen einer Branchenkonsultation an einer solchen Analyse beteiligt werden. Ausserdem schlägt der Staatsrat vor, dass in den Botschaften zu Erlassentwürfen ein diesbezügliches Kapitel angefügt wird, wie dies bereits für die finanziellen Auswirkungen der Fall ist, und dass eine entsprechende Prüfung unter diesem Gesichtspunkt vorgenommen wird.

Angesichts der obigen Ausführungen empfiehlt der Staatsrat die Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Auswirkungen Administration: Analyse der Auswirkungen künftiger Erlasse auf die KMU

Auswirkungen Finanzen: keine

Auswirkungen Personal (VZE): Analyse der Auswirkungen künftiger Erlasse auf die KMU

Auswirkungen NFA: keine

Sitten, 15. April 2026